

## **Einwanderungs- und Asylpolitik besser koordinieren – Interessen der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften berücksichtigen** (Plenarsitzung vom 24.06.2009)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Frau Kollegin Düker. – Als nächster Redner hat der fraktionslose Abgeordnete Sagel das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Rüdiger Sagel\***) (fraktionslos): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Tote im Mittelmeer, tote Flüchtlinge vor der afrikanischen Küste. Das ist die bittere Realität, die wir tagtäglich erleben. Sie stellen sich hierhin und wollen die Aufnahme nicht überstrapazieren – so war gerade Ihre Aussage. Sie wollen Flüchtlinge zurückführen, so konnte man es gerade von der FDP hören.

Was heißt denn „Flüchtlinge zurückführen“? – Das heißt faktisch, auf die Müllhalden von Belgrad abschieben, das heißt faktisch, Leute in den Tod schicken. Das ist die Realität der Politik, die Sie hier gerade ganz lapidar vorgestellt haben.

Die hier von Ihnen beantragten Punkte sind ein reiner Verschiebeparkplatz. Sie zeigen auf die EU: Sie soll Probleme lösen, Probleme, die Sie eigentlich hier in Nordrhein-Westfalen oder auf Bundesebene lösen müssten. Fakt ist – wie das gerade auch schon von meiner Kollegin von den Grünen gesagt wurde –: Wir haben die Festung Europa, und Deutschland ist mitten in dieser Festung.

Wir haben es erlebt: Der Asylkompromiss 1992 von CDU, SPD und FDP hat die Grenzen für Flüchtlinge weitgehend dichtgemacht. Deswegen erleben wir im Augenblick genau das, was ich anfangs als Szenario hier beschrieben habe: Tote in allen Meeren, die sich am Rande Europas befinden. Das ist die reale Situation.

Ich höre von Ihnen nichts, wirklich gar nichts dazu, wie diese Situation konkret verändert werden kann. Sie wollen weiterhin eine Politik der dichten Grenzen. Wie gesagt, Sie wollen Flüchtlinge, die es hierhin geschafft haben, sogar noch zurückschicken. Zu Recht ist darauf hingewiesen worden, dass auch die Innenminister nichts getan haben, um das Bleiberecht für die Menschen zu sichern, die zum Teil schon seit zehn, 20 Jahren hier leben, für Kinder, die hier geboren sind.

Ich kann nur feststellen, dass dieses Ergebnis, so wie es die Innenministerkonferenz bisher vorgelegt hat, eine Unverschämtheit ist. Die Innenminister – dazu gehören Sie auch, Herr Wolf – des Bundes und der Länder haben versagt.

Die schlimmste Folge ist die komplette Verunsicherung. Flüchtlinge mit einer Aufenthaltserlaubnis auf Probe – so heißt es so schön – müssen erneut eine Abschiebung befürchten. Nach dieser Regelung erhält ein Flüchtling, der seinen Lebensunterhalt nicht aus eigener Kraft sichern kann, eine Frist, sich Arbeit zu besorgen. Sie läuft jedoch am 31. Dezember 2009 aus. Das ist nicht mehr

lange hin.

Wird eine solche Regelung in Zeiten eines Wirtschaftsbooms verabschiedet? – Nein, es ist Krise. Das ist die Realität. Wir gehen davon aus, dass 80 % dieser Flüchtlinge in die Duldung zurückfallen. Das ist die reale Situation. Das heißt auch ganz konkret: Wir werden demnächst noch verstärkt wieder Abschiebungen erleben – Abschiebungen genau vor dem Hintergrund, den ich gerade dargestellt habe.

Das Rückübernahmeabkommen zwischen dem Kosovo, dem Bund und einigen Bundesländern hat deutlich gemacht, dass Flüchtlinge auch dorthin zurückzuschicken sind. Konterkariert ist, was mit der gesetzlichen Altfallregelung versprochen wurde, nämlich eine Perspektive für langjährig in Deutschland integrierte Flüchtlinge zu schaffen. Der Abschiebestopp für Roma aus dem Kosovo ist aufgehoben, obgleich sie dort eine unterdrückte Minderheit sind. Vergessen wird offenbar, dass sie aufgrund des völkerrechtswidrigen Angriffs

*(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)*

der NATO vertrieben wurden. Auch das scheint in Ihren Köpfen nicht mehr vorhanden zu sein. Doch die Verursacher sind nicht bereit, die Folgen durch ein Bleiberecht abzumildern.

Nichts, was Sie hier in Deutschland machen könnten, auch in Nordrhein-Westfalen tun könnten, wird von Ihnen gemacht. Nein. Stattdessen zeigen Sie auf die EU und sagen: Die EU soll irgendwelche Lösungen finden – Lösungen, die es natürlich – das ist ganz klar – so nicht geben wird.

Es braucht dringend einer Lösung für die Flüchtlinge, die hier sind, aber es braucht vor allem einer Lösung für die Flüchtlinge, die vom Tod bedroht sind. Dazu habe ich leider von Ihnen heute überhaupt nichts gehört. Ich kann nur feststellen: Die Politik, die Sie machen, ist zutiefst menschenfeindlich.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Sagel. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Dr. Wolf das Wort. Bitte schön, Herr Minister.